

und potenziell weitreichende Folgen für demokratische Normen und individuelle Freiheiten haben.

Krisenpolitik: Reaktionsfähigkeit sichern ohne Polarisierung zu verstärken

Die Anpassungsfähigkeit demokratischer Systeme in Krisenzeiten hängt massgeblich von dem Erhalt von öffentlichem Vertrauen und Legitimität ab. Die Erfahrung mit COVID-19 hat gezeigt, dass Krisenpolitiken auf klaren Begründungen, Transparenz und zeitlich begrenzten Zielen basieren müssen, um zu verhindern, dass sie zu dauerhaften Bestandteilen politischer Debatten werden. Über COVID-19 hinaus sollte

dies Entscheidungsträger*innen dazu anregen, öffentliche Meinung und Bürgerpräferenzen bei der Durchsetzung einschneidender Massnahmen in Krisenzeiten stärker zu berücksichtigen. Noch wichtiger ist, dass Gesundheitskrisen, Sicherheitsbedrohungen und Migrationsherausforderungen koordinierte internationale Ansätze erfordern, die Risikomanagement und den Schutz grundlegender Rechte in Einklang bringen. Für eine demokratische Regierungsführung ist es von zentraler Bedeutung, dass Regierungen adaptive, evidenzbasierte Ansätze verfolgen, die sowohl die öffentliche Sicherheit als auch demokratische Freiheiten bewahren.

Weiterführende Lektüre

Altiparmakis, A., Bojar, A., Brouard, S., Foucault, M., Kriesi, H., & Nadeau, R. (2021). *Pandemic politics: Policy evaluations of government responses to COVID-19*. *West European Politics*, 44 (5–6), 1159–1179.

Drouhot, L. G., Petermann, S., Schönwälder, K., & Vertovec, S. (2021). *Has the Covid-19 pandemic undermined public support for a diverse society? Evidence from a natural experiment in Germany*. *Ethnic and Racial Studies*, 44 (5), 877–892.

Michel, E., Manatschal, A., Green, E.G.T. (2024). *Explaining Support for Border Closures During the COVID-19 Pandemic: Exposure, Political Attitudes, or Pandemic Policy Feedback?* *International Journal of Public Opinion Research*, 36(3), edae036.

Piccoli, L., Dzankic, J., Ruedin, D., & Jacob-Owens, T. (2023). *Restricting Human Movement During the COVID-19 Pandemic: New Research Avenues in the Study of Mobility, Migration, and Citizenship*. *International Migration Review*, 57(2), 505–520.



Einstellungen zu Migration und Demokratie in Zeiten verflochtener Krisen

Eva G.T. Green, Anita Manatschal und Juan-Manuel Falomir Pichastor

Ein Projekt des «nccr – on the move»

Dieses Projekt untersucht Einstellungen zu Migration und Demokratie im Globalen Norden und Süden im Kontext internationaler Krisen (z. B. COVID-19, Klimawandel und der Aufstieg antidemokratischer Normen). Unter Einbeziehung sozialpsychologischer und politikwissenschaftlicher Perspektiven verwenden wir sowohl Querschnitts- als auch Längsschnittdaten aus Umfragen sowie experimentelle Methoden.

Kontakt für «kurz und bündig» #25: Elie Michel, Senior Researcher, Universität Lausanne, elie.michel@unil.ch, Anita Manatschal, Professorin und Projektleiterin nccr – on the move, Universität Neuchâtel, anita.manatschal@unine.ch

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) nccr – on the move erforscht Themen rund um Migration und Mobilität. Dabei setzt er sich zum Ziel, das Zusammenspiel von Migration und Mobilität und damit einhergehende Phänomene in- und ausserhalb der Schweiz besser zu verstehen. Er führt Forschung aus den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zusammen. Der von der Universität Neuenburg koordinierte NFS ist in seiner dritten Phase (2022–2026), die vom Schweizerischen Nationalfonds mit 10,8 Mio. Franken gefördert wird. Das Netzwerk des nccr – on the move umfasst 11 Forschungsprojekte an acht Schweizer Hochschulen: Den Universitäten Basel, Genf, Lausanne und Neuenburg, der ETH Zürich, dem Graduate Institute in Genf, der Fachhochschule Westschweiz sowie der Zürcher Hochschulxue für angewandte Wissenschaften.

«kurz und bündig» gibt Antworten auf aktuelle Fragestellungen im Bereich der Migration und Mobilität – auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, die im Rahmen des «nccr – on the move» erarbeitet worden sind. Die Analysen und Argumente liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Kontakt für die Serie: Julia Litzkow, Verantwortliche Wissenstransfer, julia.litzkow@unine.ch

nccr →
on the move

National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus
nccr-onthemove.ch

Universität Neuenburg,
Rue Abram-Louis-Breguet 2,
2000 Neuchâtel, Schweiz

nccr →
on the move

National Center of Competence in Research –
The Migration-Mobility Nexus

nccr-onthemove.ch



Elie Michel, Anita Manatschal,
Eva G.T. Green

Unterstützung von Grenzschiessungen
während der COVID-19-Pandemie:
«Politics as usual»?

kurz und bündig #25, Juni 2025

Schweizerischer
Nationalfonds

Die Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) sind ein
Förderungsinstrument des Schweizerischen Nationalfonds

Botschaften für die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

Die Wirksamkeit und Rechtmässigkeit der Massnahmen zu Grenzschiessungen während der COVID-19-Pandemie sind nach wie vor umstritten.

In Krisenzeiten reagieren Bürger*innen auf die Politik der Regierung; die öffentliche Meinung und die Präferenzen der Bürger*innen sollten bei der Durchsetzung weitreichender Massnahmen berücksichtigt werden.

Krisenmanagement erfordert koordinierte, evidenzbasierte internationale Ansätze, welche Risikomanagement und Grundrechte in Einklang bringen.

Was ist gemeint mit ...

... Grenzschiessung

Grenzschiessung bezeichnet die vorübergehende oder unbefristete Einschränkung von grenzüberschreitendem Verkehr. Im Gegensatz zu gezielten Einwanderungskontrollen werden Grenzschiessungen in Krisenzeiten - wie bei Pandemien, Sicherheitsbedrohungen oder wirtschaftlichen Schocks - häufig beidseitig vorgenommen und betreffen sowohl die Ein- als auch die Ausreise.

... die öffentliche Meinung

Die öffentliche Meinung bezieht sich auf die kollektiven Einstellungen, Überzeugungen und Wahrnehmungen der allgemeinen Öffentlichkeit oder von bestimmten Teilen der Gesellschaft zu bestimmten Themen. Geprägt von Faktoren wie den Medien, dem politischen Diskurs und persönlichen Erfahrungen kann die öffentliche Meinung die politische Entscheidungsfindung nicht nur in normalen Zeiten, sondern auch in Krisenzeiten beeinflussen.

Die COVID-19-Pandemie führte zu beispiellosen Grenzschiessungen, die häufig als gesundheitspolitische Notfallmassnahmen dargestellt wurden und die globale Mobilität stark einschränkten und neugestalteten. Die öffentliche Unterstützung für Grenzschiessungsmassnahmen folgte etablierten politischen Mustern – politische Präferenzen und die Beurteilung der Reaktionsfähigkeit der Politik erwiesen sich dabei als zentrale Einflussfaktoren. Da Grenzkontrollen erneut in politische Debatten rücken – sei es im Zusammenhang mit pandemiebedingten Massnahmen oder der Steuerung von Migration – ist es für Entscheidungsträger*innen wichtig zu verstehen, wie die öffentliche Meinung durch politische Prozesse und individuelle Reaktionen auf bestehende Massnahmen geformt wird. Ein solches Verständnis ist für eine effektive zukünftige Krisenbewältigung und für den Erhalt demokratischer Freiheiten entscheidend.

Die COVID-19-Pandemie löste eine beispiellose Welle von Grenzschiessungen aus, die die Mobilität weltweit stark einschränkte. Anders als in früheren Krisen waren die Massnahmen häufig umfassend und beidseitig – sie betrafen nicht nur die Einreise, sondern schränkten auch die Ausreise eigener Staatsangehöriger ein. In der Folge kam es zu einem drastischen Rückgang aller Formen grenzüberschreitender Bewegung – von Arbeits- und Familienmigration über Geschäftsreisen und Tourismus bis hin zur alltäglichen Mobilität in Grenzregionen. Derart weitreichende Einschränkungen hat es in demokratischen Gesellschaften in Friedenszeiten bislang nicht gegeben und sie werfen wichtige Fragen darüber auf, wie die Bevölkerung diese Massnahmen wahrgenommen hat. Wurden diese als aussergewöhnliche gesundheitspolitische Notwendigkeit verstanden – oder spiegelten sich darin grundlegende politische Einstellungen zu Mobilität, Migration und Sicherheit wider?

«Die öffentliche Unterstützung für Grenzschiessungsmassnahmen folgte etablierten politischen Mustern – politische Präferenzen und die Beurteilung der Reaktionsfähigkeit der Politik erwiesen sich dabei als zentrale Einflussfaktoren.»

Öffentliche Einstellungen folgen politischen, nicht gesundheitlichen Logiken

Obwohl Grenzschiessungen als Reaktion auf einen unmittelbaren gesundheitlichen Notfall dargestellt wurden, war die Unterstützung dafür nicht hauptsächlich von der Angst vor Ansteckung oder der Wahrnehmung der Pandemie – gemessen anhand von COVID-19-Fallzahlen

oder Todesfällen im jeweiligen Land – bedingt. Tatsächlich mögen frühe Reisebeschränkungen die anfängliche Ausbreitung der Pandemie verlangsamt haben, doch waren die inländischen Massnahmen – wie Social Distancing, Lockdowns und Maskenpflicht – wesentlich wirksamer bei der Eindämmung von COVID-19. Die Unterstützung für Grenzschiessungen wird vielmehr von bereits bestehenden politischen Einstellungen beeinflusst, etwa von rechtsgerichteten Ideologien und Misstrauen gegenüber Ausländern. Dies steht im Einklang mit langjährigen Trends in der öffentlichen Haltung gegenüber Migration und legt nahe, dass viele Bürgerinnen und Bürger Grenzschiessungen weniger als temporäre Präventivmassnahme gegen die Pandemie sahen, sondern eher als Fortführung restriktiver Grenzpolitik.

«Obwohl Grenzschiessungen als Reaktion auf einen unmittelbaren gesundheitlichen Notfall dargestellt wurden, war die Unterstützung dafür nicht hauptsächlich von der Angst vor Ansteckung oder der Wahrnehmung der Pandemie bedingt.»

Neben politischen Überzeugungen spielte auch die Bewertung der gesamten Pandemiebewältigung durch die Regierung eine entscheidende Rolle bei der Meinungsbildung zu Grenzkontrollen. Personen, die die Massnahmen ihrer Regierung als unzureichend einschätzten, unterstützten eher strenge Grenzkontrollen, was die Relevanz politischer Reaktionsfähigkeit für die öffentliche Meinungsbildung verdeutlicht. Die Öffentliche Meinung wird somit sowohl von

politischer Ideologie als auch von der Wahrnehmung politischer Handlungsfähigkeit geprägt.

«Es ist entscheidend, zwischen legitimen Notfallmassnahmen – die auf klaren, evidenzbasierten Risikobewertungen beruhen – und politisch motivierten Beschränkungen zu unterscheiden, die oft versuchen, vermeintlichen politischen Forderungen gerecht zu werden und welche riskieren bestehende Vorurteile gegen Mobilität zu verstärken.»

Politisches Feedback:

Wie Regierungsmassnahmen die Unterstützung beeinflussen

Die Pandemie machte eine sich selbst verstärkende Dynamik zwischen Grenzpolitik und öffentlicher Meinung deutlich. In Ländern mit strengen Reisebeschränkungen war die Unterstützung für Grenzschiessungen tendenziell hoch, was auf eine positive Rückkopplung hinweist: Sobald restriktive Massnahmen eingeführt waren, wurden sie zunehmend als normal angesehen, wodurch die Bevölkerung eher bereit war, weitere Mobilitätseinschränkungen zu akzeptieren. Dieser Effekt erwies sich jedoch nicht als dauerhaft. Mit der Zeit setzte eine Art «Politikmüdigkeit» ein: Die Unterstützung für Grenzschiessungen nahm im Verlauf der Krise ab. Dies deutet auf eine negative Rückkopplung hin, bei der anhaltende Einschränkungen die anfängliche Akzeptanz untergraben. Entscheidungsträger*innen sollten daher berücksichtigen, dass Krisenmassnahmen weder statisch noch durchgängig akzeptiert

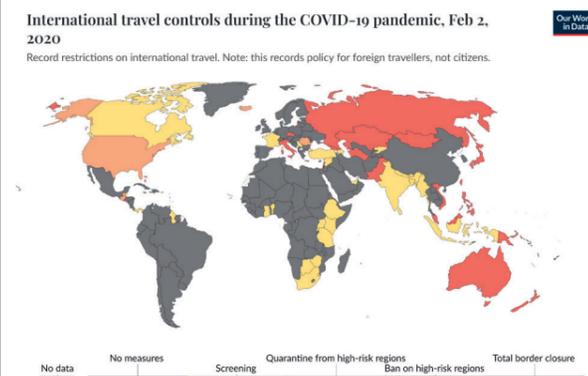
sind und dass die Unterstützung für restriktive Massnahmen zeitabhängig ist – die Bereitschaft der Bürger*innen, Einschränkungen hinzunehmen, nimmt mit zunehmender Dauer der Krise ab.

Grenzschiessungen über COVID-19 hinaus: Krisenmanagement oder politische Strategie?

Während die Regierungsmassnahmen in der COVID-19-Pandemie angesichts einer globalen und vielschichtigen Krise beispiellos waren, fügen sich die daraus resultierenden Grenzschiessungspolitiken in einen grösseren Trend zunehmender Mobilitätseinschränkungen weltweit ein. In den letzten Jahren wurden Krisen – darunter wirtschaftliche Schocks, Sicherheitsbedrohungen und Migrationsdruck – häufig als Rechtfertigung genutzt, um Grenzkontrollen zu verschärfen, Bewegungsfreiheit zu beschränken oder Grenzen vollständig zu schliessen. Die zweite Amtszeit der Trump-Regierung in den USA sowie die verstärkte Grenzsicherung in Europa zeigen, wie temporäre Krisenmassnahmen an den Grenzen in langfristige politische Strategien übergehen können.

Es ist entscheidend, zwischen legitimen Notfallmassnahmen – die auf klaren, evidenzbasierten Risikobewertungen beruhen – und politisch motivierten Beschränkungen zu unterscheiden, die oft versuchen, vermeintlichen politischen Forderungen gerecht zu werden und welche riskieren bestehende Vorurteile gegen Mobilität zu verstärken. Während Grenzschiessungen in Krisenfällen manchmal notwendig sein können, hat die Pandemie gezeigt, dass ihre Wirksamkeit und Rechtmässigkeit stark umstritten sind. Manche betrachten diese Massnahmen sogar als völkerrechtswidrig. Unsere Studie verdeutlicht, dass solche Politiken die öffentliche Meinung direkt beeinflussen

Abbildung 1: Schnappschuss internationaler Reisebeschränkungen während der Covid-19-Pandemie zwischen Februar und März 2020



Quelle: Blatnik School of Government, University of Oxford (2023)
OurWorldinData.org/coronavirus

